

Das am 14. Mai in Lahnstein auf Bundesebene abgeschlossene Tarifpaket für die chemische Industrie in den alten Bundesländern löste eine ungewöhnlich positive Resonanz sowohl in den Medien als auch auf Arbeitgeberseite insgesamt aus.

Zu Beginn der Tarifrunde lagen allerdings die Ausgangspositionen weit auseinander. Der BAVC hatte öffentlichwirksam schon vor der Beschlussfassung über Forderungen seitens der IG BCE eine Verschnaufpause für die Tarifrunde des Jahres 2004 gefordert. Die im Dezember 2003 erfolgte Festlegung auf eine Forderungsempfehlung lag bei 3,5 Prozent und damit deutlich zu hoch. Sachdienlich für den Fortgang erwiesen sich die regionalen Tarifgespräche, die die wirtschaftliche Situation der Branche verdeutlichten. Vor Lahnstein tagte man auf Bundesebene zum ersten Mal am 6. Mai 2004. Das Tarifpaket enthält Regelungen über das Entgelt, die Fortsetzung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ sowie eine Garantie für die tariflich vereinbarten Flexibilisierungsinstrumente.

Nach einem Null-Monat greift in Bayern ab 1. Juli 2004 eine dynamisch wirkende, tabellenwirksame Erhöhung um 1,5 Prozent - die Gesamtlaufzeit umfasst 13 Monate. Die Arbeitnehmer erhalten ferner eine Einmalzahlung, die keine Tabellenwirksamkeit nach sich zieht. Die Einmalzahlung entspricht einer Anhebung um 0,6 Prozent - sie wird erst am 31. Oktober 2004 fällig und beträgt 7,2 Prozent eines monatlichen Tarifentgelts. Die Einmalzahlung kommt nur zur Auszahlung, falls der Arbeitnehmer an zwei Stichtagen bestimmte Kriterien erfüllt. Arbeitgeber und Betriebsrat können abweichende Vereinbarungen über den Zeitpunkt der Fälligkeit, die Auszahlung oder die Verwendungszwecke treffen, ferner aus wirtschaftlichen Gründen den Betrag kürzen oder zur Gänze wegfallen lassen. Gerade diese Öffnungsklausel dokumentiert den Willen und das Bekenntnis der chemischen Tarifvertragsparteien, den in der Branche unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und Entscheidungen in den einzelnen Betrieben zu ermöglichen, die vielfältigste Gestaltungsrichtungen beinhalten können. Insbesondere die mögliche Abänderung des Verwendungszweckes fordert kreative Lösungen nahezu heraus. Die Einmalzahlung hat als Bemessungsgrundlage das tarifliche Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers - damit errechnet sich ihre Höhe nach der jeweiligen Eingruppierung, sie wirkt nicht einkommensnivellierend.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Abschlusses ist die Fortsetzung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“. Die Arbeitgeberseite hat sich verpflichtet, für 2005 die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 2 Prozent zu erhöhen. Insgesamt soll die Zahl der Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2007 um 7 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2003 gesteigert werden. In das Gesamttarifpaket wurde auch noch eine gemeinsame Erklärung zur Nutzung der tariflichen Flexibilisierungsinstrumente aufgenommen. Die zahlreichen Öffnungs- und Flexibilisierungsklauseln werden zusammengefasst erneut verdeutlicht und ihre Inanspruchnahme von den abschließenden Parteien garantiert.

Mit dem Tarifabschluss des Jahres 2004 wurde dokumentiert, dass die Tarifautonomie funktionsfähig ist, wenn die Tarifvertragsparteien zu Augenmaß fähig sind und statt starrer Festlegungen den Betriebsparteien Regelungsbefugnisse übertragen. Die Zukunft des Tarifvertrages hängt auch davon ab, ob man dieser Erkenntnis auf breiter Ebene Rechnung trägt.

Nach monatelangem politischen Tauziehen hat der Bundestag am 7. Mai 2004 nach zweiter und dritter Lesung das Berufsausbildungssicherungsgesetz beschlossen - ein monströses Vokabular für die Umschreibung der Ausbildungsplatzabgabe. Vor Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens haben Wirtschaft und Bundesregierung Mitte Juni einen Ausbildungsplatz geschlossen - die rot-grüne Koalition will im Gegenzug auf die gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe zunächst verzichten. Der Pakt enthält keine Garantie von Lehrstellen. Die Wirtschaft verpflichtet sich, während der dreijährigen Laufzeit des Paktes jährlich 30.000 „neue“ Ausbildungsplätze einzuwerben.

Eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe ist völlig kontraproduktiv, würde weniger statt mehr Ausbildungsplätze zur Folge haben und stellt einen völlig falschen Lösungsansatz dar. Die Förderung der Berufsausbildung und der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe kann nur durch die Verbesserung der Standortbedingungen für die Unternehmen im Lande realisiert werden. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik mit mehr Beschäftigung erhöht auch die Zahl der Ausbildungsplätze.

Die chemische Industrie praktiziert schon lange das, was jetzt als Ausbildungsplatz in der Öffentlichkeit hoch gelobt wird. Im Fokus der Tarifvertragsparteien stand und steht die Ausbildung als elementare Festlegung ganz weit oben in der Rangfolge. In der Branche gilt schon seit langem der nun auch in den Pakt aufgenommene Grundsatz „Ausbildung geht vor Übernahme“. Im Jahr 2003 wurde erstmals in der Bundesrepublik ein Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ abgeschlossen, in dem sich die chemische Industrie verpflichtete, im laufenden Jahr die Zahl der Ausbildungsplätze um 1,7 Prozent zu steigern. Der Tarifvertrag wurde in diesem Jahr fortgeführt, indem sich die Arbeitgeberseite verpflichtete, für 2005 eine weitere Steigerung um 2 Prozent sicherzustellen. Bereits in den vergangenen fünf Jahren haben die Chemie-Unternehmen ihre Ausbildungsplatzzahlen um über 15 Prozent gesteigert. Insgesamt soll das Angebot bis zum Jahr 2007 um weitere 7 Prozent erhöht werden. Damit dokumentiert die chemische Industrie erneut ihre gesellschaftspolitische Verantwortung für die nachwachsenden Generationen und verdeutlicht die Notwendigkeit der Ausbildung als Basis für die spätere berufliche Tätigkeit. Nur mit gut ausgebildeten Mitarbeitern lässt sich Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung erreichen.

Das Schicksal des vom Bundestag beschlossenen Berufsausbildungssicherungsgesetzes ist nach Abschluss des Ausbildungspaktes aber noch keineswegs sicher. Sicher ist aber, dass der Tarifvertrag in der chemischen Industrie dem gerade genannten Gesetz gleichwertig ist, sodass die tarifgebundenen Mitgliedsunternehmen auf jeden Fall von der gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe befreit sind. Die Branche kann deshalb gelassen abwarten, was mit dem völlig falschen Instrument des Berufsausbildungssicherungsgesetzes im weiteren Verfahren noch passiert. Die chemische Industrie wird sich darauf konzentrieren, ihrer tarifvertraglich eingegangenen Verpflichtung nachzukommen und mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Insbesondere müssen Unternehmen, die nur unterdurchschnittlich oder überhaupt nicht ausbilden, obwohl sie die Ausbildungsvoraussetzungen erfüllen, angesprochen und gefordert werden. Investitionen in die Bildung lohnen sich. In einer immer stärker global orientierten Wirtschaft ist Aus- und Weiterbildung ein ausschlaggebender „Rohstoff“ für Deutschland.

Die immer wieder prognostizierte gesamtwirtschaftliche Erholung blieb auch 2003 aus. Davon konnte sich auch die bayerische chemische Industrie nicht entkoppeln. Sie musste vielmehr das dritte schwache Jahr in Folge hinnehmen. Der Umsatz der bayerischen chemischen Industrie stieg um 0,3 % gegenüber 2002 auf knapp 11,4 Mrd. Euro und lag damit geringfügig über dem Umsatz aus dem Jahre 2000. Sowohl Inlands- als auch Auslandsumsatz folgten diesem Trend. Die Erzeugerpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um rd. 1,3 %. Die Zahl der Beschäftigten war leicht rückläufig, sie verringerte sich um 1,1 % auf 59.192 im Jahresdurchschnitt. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg lag dieser Wert damit 2003 erstmals wieder etwas unterhalb der Zahl aus dem Jahre 2000.

Eine recht unterschiedliche Entwicklung zeigten die einzelnen Sparten in Bayern. Zur umsatzstärksten Sparte entwickelte sich die Herstellung von Kunststoff in Primärformen, die beim Umsatz um gut 8 % auf fast € 2,2 Mrd. zunahm, getragen insbesondere vom Export, der mittlerweile über 64 % Anteil am Umsatz trägt. Auf den zweiten Platz gerutscht sind die pharmazeutischen Spezialitäten, die mit einem Minus von 4,5 % auf knapp 1,8 Mrd. Euro Jahresumsatz zurückfielen. Ursache hierfür sind vor allem weitere Markteingriffe durch den Gesetzgeber, die die verstärkt auf den nationalen Markt ausgerichteten, überwiegend mittelständischen bayerischen Arzneimittelhersteller besonders belasten. Organische Grundstoffe und Chemikalien blieben beim Umsatz im Branchendurchschnitt, mussten allerdings beim Auslandsumsatz Rückgänge hinnehmen. Leicht zunehmend waren sonstige chemische Erzeugnisse mit rd. 4,5 %, die allerdings beim Export stagnierten. Chemiefasern, sie stellen in Bayern einen deutschen Produktionssschwerpunkt dar, konnten beim Umsatz auf niedrigem Niveau um 9 % zulegen, beim Export um fast 13 %. Sie konnten damit das Niveau von 2000 wieder erreichen, der Exportanteil stieg auf 66 %.

Im ersten Quartal des Jahres 2004 zeigten wichtige Indikatoren wie Produktion und Umsatz einen leichten Aufwärtstrend, beim Umsatz waren dies rd. 5 % (Chemie Bund + 1,3 %) gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Entwicklung im Ausland und im Inland verlief recht einheitlich. Die Beschäftigung in der bayerischen chemischen Industrie nahm weiter ab, sie lag im Durchschnitt des ersten Quartals nur noch bei rd. 58.800 Mitarbeitern. Die Geschäftserwartungen bleiben gedämpft. Ursachen hierfür sind insbesondere ein hoher Ölpreis, der aktuelle Dollarkurs und die rechtliche Unsicherheit im Zusammenhang mit europäischen Rechtssetzungsverfahren wie z. B. die Chemikalienpolitik und der Emissionshandel.

Der Landesverband Bayern des BPI e. V. unter Vorsitz von W. Sassenrath, seit Mai 2004 unter J. Crone-Erdmann, nahm die vielfältigen, die Branche belastenden gesundheitspolitischen Gesetzgebungsverfahren zum Anlass, in Gesprächen mit Politik und mit den im Gesundheitswesen aktiven Organisationen pragmatische Vorschläge des Verbandes für ein am Markt ausgerichtetes Gesundheitswesen einzubringen.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie e. V. führte unter Vorsitz von B. Fritzsche die traditionellen Stammtische zu wirtschaftspolitischen und technischen Fragestellungen fort und widmete sich im Rahmen ihres technischen Stammtisches u. a. der Umsetzung der Betriebssicherheitsverordnung in den einzelnen Betrieben.

Rund. 80 % der Produkte der chemischen Industrie gehen an industrielle Weiterverarbeiter in allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes. Viele innovative Produktionstechnologien in anderen Branchen sind nur mit hochwertigen maßgeschneiderten Spezialchemikalien möglich. Eine moderne Chemieproduktion sichert somit die Wettbewerbsfähigkeit anderer Industriebranchen. 2003 hat die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf zu einer neuen europäischen Chemikalienpolitik vorgelegt, der ein viel zu bürokratisches, aufwändiges und teures System für ein Anmelde-, Bewertungs- und Zulassungssystem für die Verwendung von chemischen Stoffen vorsieht. (REACH – Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals). Der geforderte Aufwand ist von der Menge, nicht von der Exposition oder der Gefährlichkeit des Produktes abhängig (Stufen von 1 t, 10 t, 100 t und über 100 t). Kostenschätzungen hierzu gehen weit auseinander. Stoffe, in kleineren Mengen produziert, werden bis zum Mehrfachen des derzeitigen Verkaufspreises mit den Kosten für die vorgesehenen Registrierungen bzw. Zulassungen belastet. Diesen Aufwand, das belegen auch unabhängige Studien, werden viele, vor allem kleinvolumige Spezialprodukte insbesondere mittelständischer Unternehmen nicht tragen können und so mit allen Folgen vom Markt verschwinden.

Aber es ist nicht nur REACH, das die Firmen bei Innovations- und Investitionsentscheidungen beeinflusst. Die Emissionshandelsrichtlinie zum Handel mit CO₂-Zertifikaten auf Unternehmensebene wird die energieintensive bayerische chemische Industrie erheblich belasten. Während im restlichen Europa die Emissionsrechte großzügig an Unternehmen zugeteilt werden, muss die Industrie in Deutschland mit Minderzuteilungen und Belastungen bereits in der ersten, 2005 beginnenden Handelsphase rechnen, obwohl die deutsche Industrie im Vorfeld die größten Einsparleistungen beim Kohlendioxid erbracht hatte. Reserven für Produktionsausweitungen oder gar Neuansiedlungen von energieintensiven Unternehmen sind nicht auszumachen – eine gravierende Hypothek für den Industriestandort Deutschland.

Daneben stehen bereits weitere Belastungen für die Branche ins Haus, wie z. B. die EU-Initiative „SCALE“. Das Wort SCALE setzt sich zusammen aus Science, Children, Awareness, Legal Instruments, Evaluations. Dabei wird einseitig der Kontakt von Kindern mit chemisch erzeugten Stoffen betrachtet – alle anderen, in der Regel wirkungsvolleren Einflussgrößen wie physikalische, biologische und sozioökonomische Faktoren sowie der Lebensstil mit Übergewicht und Bewegungsarmut bleiben unberücksichtigt. SCALE vermittelt damit den falschen Eindruck, dass Kinder heute nicht angemessen vor chemischen Stoffen geschützt sind.

Vorgesehen ist eine Richtlinie zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. In Zusammenarbeit mit dem deutschen Verwaltungsverfahrenrecht kann, wenn die Richtlinie wie vorgesehen kommt, jedes Industrie- und Infrastrukturprojekt durch Klagen von Umweltverbänden langfristig lahmgelegt werden.

Diese wenigen ausgewählten Beispiele zeigen die große Bedeutung der EU-Rechtsetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsfähigkeit auch in Bayern. Das Ziel von Lissabon, Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen, von den EU-Regierungschefs 2000 gesetzt, lässt sich so gewiss nicht realisieren.

Der Transport von Rohstoffen mittels Pipeline bringt im Vergleich zu anderen Transportmöglichkeiten eine Reihe von Vorteilen mit sich. Mit Hilfe dieses Transportweges ist eine Entkoppelung des ökonomischen Wachstums von Infrastruktur und Umweltbelastung möglich, die Strassen- und Schienenverkehrswege werden ganz wesentlich entlastet, Schadstoffemissionen und Lärm werden vermieden und damit ein positiver Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Sicherheitsaspekte werden bestens gewahrt, da z.B. störanfällige Lade- und Entladevorgänge völlig entfallen, so dass die Pipeline gegenüber anderen Transportvarianten mit großem Abstand erste Wahl ist.

Daher lässt sich die Pipeline ohne Übertreibung als Transportmittel der Zukunft bezeichnen. Auch in Bayern hat sich die Versorgung mit Rohöl, Gas und Produkten wie z. B. Kerosin durch Pipelines bereits sehr gut bewährt. Zwischen Münchsmünster und Gendorf bzw. zwischen Gendorf und Burghausen existiert bereits eine Ethylenpipeline. Zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit im bayerischen Chemiedreieck sind allerdings weiterführende Maßnahmen nötig. Ein Firmenkonsortium der Chemie und der Mineralölindustrie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Maßnahmen zur Sicherung des Standortes im bayerischen Chemiedreieck zu gestalten und umzusetzen. Ohne erhebliche Strukturverbesserungen würden die in Bayern betriebenen petrochemischen Anlagen den Wettbewerb gegenüber den neueren und größeren Anlagen in Europa verlieren.

Der bayerische Ethylenverbund ist mit einem Gesamtaufkommen von nur 650.000 to/a unflexibel. Einer der größten Probleme des Verbunds ist die fehlende Möglichkeit einer mengenmäßig flexiblen Nutzung des Ethylen. Das in Bayern erzeugte Ethylen wird auch in Bayern verarbeitet. Darüber hinaus besteht keine Möglichkeit, bei Bedarf dem Verbund Ethylen zu- oder aus dem Verbund abzuführen. Folge dieser Situation ist die ständige Gefahr eines Dominoeffekts, wenn ein Glied dieser Verbundkette ausfällt. Der Ausfall eines Erzeugers oder Verarbeiters führt zu entsprechenden Engpässen bei den jeweiligen Firmen - aber auch einem Mehrbedarf der verarbeitenden Firmen sind enge Grenzen gesetzt.

Die einzige praktikable Lösung dieses Problems liegt in der Anbindung des bayerischen Chemiedreiecks an das Ethylenpipelinennetz im westlichen Teil Deutschlands mit Anschluss an Belgien und die Niederlande. Der Bau der Pipeline würde dazu führen, dass Kapazitätsengpässe bei der Lieferung von Ethylen flexibel ausgeglichen werden könnten. Die Ethylenpipeline soll Münchsmünster mit dem bestehenden Netz verbinden. Die Gesamtlänge der Pipeline wird mehr als 350 km betragen.

Durch die Verwirklichung der Ethylenpipeline eröffnen sich günstige Perspektiven für eine zusätzliche Ansiedlung von weiteren Polyolefinverbrauchern und -erzeugern. Der Freistaat Bayern hat die Wichtigkeit dieses Projektes für die weitere Landesentwicklung erkannt und beschlossen, entsprechende Fördermittel zur Unterstützung der Baumaßnahmen bereitzustellen.

Durch seine geographische Lage ist Bayern prädestiniert, eine zentrale Funktion bei der Ethylenversorgung zwischen West- und Mitteleuropa einzunehmen. Für Bayern würde eine gute Basis geschaffen, diese Märkte zu bedienen.

Eine Umsetzung des Pipelineprojekts im bayerischen Chemiedreieck ist ein unverzichtbarer Schritt hin zu einer stärkeren Vernetzung europäischer Pipelinesysteme.

Eine Gruppe von 9 mittelständischen Unternehmern aus Mitgliedsfirmen reiste im Januar diese Jahres gemeinsam mit der Verbandsgeschäftsführung nach Brüssel und verdeutlichte in Gesprächen in den Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen sowie mit bayerischen Europaparlamentariern die Betroffenheit insbesondere des Mittelstands durch das geplante europäische Chemikalienrecht. Breitenwirkung erzielte man durch den so genannten Wirtschaftsstammtisch in der bayerischen Vertretung in Brüssel, zu dem Europaminister Sinner einlud, und an dem rd. 130 Repräsentanten aus europäischen Institutionen, Meinungsbildner und die bayerischen Mittelständler aus der chemischen Industrie teilnahmen. Einen Informationstag des StMUGV unter Leitung von Frau Staatssekretärin Emilia Müller zum Thema EU-Chemikalienpolitik in München unterstützte der Verband intensiv, mehr als 200 Personen aus Wirtschaft, Politik, Behörden, Verbänden und Medien setzten sich einen Tag lang mit dem Thema REACH und seinen Folgen für die gesamte bayerische Industrie auseinander. In diesem Sinne unterstützte der Verband auch eine gemeinsame Veranstaltung mit der IHK Schwaben in Augsburg. Auch eine Reihe von Mitgliedsfirmen führte durchweg erfolgreiche Informationstage zur europäischen Chemikalienpolitik durch. Für besondere Aufmerksamkeit in der Politik sorgten Stände der Bayerischen Chemieverbände und einiger Mitgliedsfirmen beim CSU-Parteitag im Juli 2003 in München, wo Chemiefragen thematisiert und anschaulich erklärt wurden. Die deutsche Gesetzgebung sorgte mit nachhaltigen Neuregelungen für erhöhten Informationsbedarf, so im Kündigungsschutz, beim Bundeserziehungsgeld und Arbeitszeitgesetz, insbesondere aber auch durch die in den Arbeitsmarkt-Reformgesetzen (Hartz III) veranlassten Verschärfungen des Sperrzeitenvorschriften des SGB III. In gut besuchten Veranstaltungen zu den Neuregelungen im Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht wurden den Teilnehmern nicht nur die neuen Anforderungen an die Ausgestaltung von Aufhebungs- und Abwicklungsverträgen, sondern auch die verschärften Regelungen zur Erstattung von Arbeitslosengeld gemäß § 147 a SGB III und die steuerlichen Veränderungen bei Abfindungszahlungen nahegebracht. Nach den Neuregelungen des Altersteilzeitgesetzes muss für die ab 01.07.2004 beginnenden Altersteilzeitverträge eine eigenständige Insolvenz-sicherung nach strengen Maßgaben sichergestellt werden. Die breit gefächerten Möglichkeiten der zwingenden Insolvenz-sicherung wurden den Mitgliedsfirmen durch verschiedene Institute dargestellt. Brisanz enthielt zudem der Komplex Altersteilzeit durch die Bekanntmachung der vorgesehenen Anhebung der Altersgrenzen im RV-Nachhaltigkeitsgesetz und die diesbezügliche Vertrauensschutzregelung. Informationsveranstaltungen zur Arbeitsvertragsgestaltung, zum Personalabbau, zu zukunftsorientierten Schichtsystemen, aber auch zu den tariflichen Flexibilisierungsmöglichkeiten und den neuen tariflichen Regelungen über Langzeitkonten, Qualifizierung, Ausbildung und betrieblicher Altersvorsorge ergänzten die Angebotspalette. In verschiedensten Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen wie Personalentwickler, SAP oder junge Führungskräfte wurden ferner vielfältige arbeitsrechtliche Fragestellungen erörtert und Erfahrungen über praktikable Vorgehensweisen ausgetauscht.

Mit einer Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen haben die Bayerischen Chemieverbände erheblich zum Erfolg des Jahres der Chemie 2003 beigetragen, mit dem bundesweit gezeigt wurde, dass die Chemie und ihre Produkte wichtig für Wohlstand und eine nachhaltig positive Zukunftsentwicklung sind. Der bundesweite Tag der offenen Tür am 20.9.2003 war für die Branche der Höhepunkt. In Bayern beteiligten sich daran 36 Betriebe und Hochschulen, mehr als 43.000 Besucher konnten begrüßt werden. Schon im Januar wurde das Jahr der Chemie für Bayern mit der ganztägigen Veranstaltung „Bildungsinitiative Chemie“ durch Frau Staatsministerin Hohlmeier eröffnet. Im Zentrum der Aktivitäten standen Schule und Universität, denn hier erfolgen die wesentlichen Weichenstellungen sowohl für die allgemeine Akzeptanz der Naturwissenschaften als auch für die spätere Berufswahl. Die neu geschaffenen „Schülertage Chemie an der Universität“ stießen auf eine enorme Resonanz. Der pädagogischen Einsicht, dass bei Kindern ein latentes Interesse an naturwissenschaftlichen Phänomenen bereits in viel jüngeren Jahren vorhanden ist als bisher angenommen, wird in den Aktivitäten Rechnung getragen. Zeugnis hierfür war die Chemieausstellung „HaZweiOh!“ im Münchner Kinder- und Jugendmuseum. Gefördert u.a. von den Bayerischen Chemieverbänden konnte sie über 41.000 Besucher verbuchen. Engagiert haben sich die Chemieverbände auch bei Projekten der Universität Regensburg, bei denen Kindergärtnerinnen eine Fortbildung erfuhren, sowie bei einer überfüllten Kindervorlesung der chemischen Fakultät dieser Universität. Die chemische Industrie leidet nach wie vor unter einem Imageproblem, wobei der Schwerpunkt inzwischen beim Verbraucherschutz liegt. Selbst längst widerlegte Argumente werden populistisch mit großem Erfolg immer wieder verbreitet, wie die zahlreichen Diskussionen mit Passanten an unserem Marktstand zum Jahr der Chemie in der Fußgängerzone von Nürnberg bewiesen. So waren im Januar 2004 mehr als 70 % der Teilnehmer einer Befragung der Meinung, dass die Chemie durch strengere Gesetze und Verordnungen stärker überwacht werden müsste. Die Popularität dieser Forderung spiegelt sich wieder in der Chemikalienpolitik der EU-Kommission - REACH ist in seiner jetzigen Form nicht praktikabel und verbessert den Schutz von Mensch und Umwelt nicht, gefährdet aber die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ganz gravierend. Erneut drohen wegen unnötigen, völlig überzogenen und enorm Kosten verursachenden Reglementierungen Innovationshemmnisse und Wettbewerbsnachteile. Hier zeigt sich ein Dilemma der Öffentlichkeitsarbeit. Obwohl durch eine Vielzahl von Gesprächen und Publikationen viele Fachleute in Politik, Verwaltung und Wirtschaft von den verheerenden Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft überzeugt wurden, gelingt es nicht, in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit Gehör für die Gefahren zu finden. Die Politik reagiert weitgehend nur auf das, was in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, die aber subtilen Argumentationen kaum zugänglich ist. Dies erschwert die Position der Industrie, die eine breite Unterstützung für ihre Belange bräuchte. Zielgruppen sind daher sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die relevanten Entscheidungsträger der Politik. Permanente Überzeugungsarbeit ist geboten, wie dies z.B. auch auf dem Stand der Bayerischen Chemieverbände bei den Münchner Wissenschaftstagen erfolgte, wo die Bedeutung der Chemie für die Bio- und Gentechnik insbesondere Bürgern mit politischer Verantwortung dargestellt wurde.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Dr. Hans Seidl, Ismaning (Vorsitzender)

Matthias M. Baltisberger, Penzberg (bis Juli 2004)	Assessor Albert Franz, Obernburg
Dr. Peter Bekk, Pullach	Dr. Jürgen F. Kammer, München
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Trostberg/Düsseldorf	Peter Kurz, Fürth
	Dr. Peter Umfug, München
	Dr. Peter-Alexander Wacker, München

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Assessor Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen (bis Sept. 2003)	(bis April 2004)
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Peter Sckuhr, Burghausen
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Joachim Semel, Trostberg
Wil Ernst Huth, Starnberg †	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Heinz Löhr, Vohburg	Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf	Matthias Matz, Ingolstadt
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Volker Mletzke, München
Volker Folwill, Neustadt	Jochen Müller, Hallstadt
Reinhard Franetzki, Gersthofen	Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth
Dipl.-Wirtschaftsing. Joachim Fütterer, Obernburg (bis Okt. 2003)	Dr. Michael Peterat, München
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Dr. Bert Raeymaekers, Burghausen
Michael Hampel, Unterschleißheim (bis Aug. 2003)	Dipl.-Päd. Josef Reil, Burghausen
Hanspeter Hollender, Lindau	Hans-Jörg Schneider, Burghausen
Karola Japke, Bobingen	Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Heribert Kahlert, Nürnberg	Bernd Theile, Erlangen/Nürnberg
Assessor Hermann Kahlich, Poing	Hans-Joachim Vinzent, Waldkraiburg
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Assessor Walter Vogg, München
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth	Dipl.-Ing. Hermann Wick, Töging
Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach	Assessor Thomas Winkels, Trostberg
Ludger Markmann, Neu-Ulm	Assessor Gerd Winnefeld, Burghausen
	Engelbert Zehentmaier, Burghausen
	Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Dr. Günter von Au, München	Dr.-Ing. Siegfried Sattelberger, Nürnberg
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen (bis Sept. 2003)	Dr. Wolfgang Schnell, München
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Peter Sckuhr, Burghausen
Dr. Roland Franz, Langweid (bis Dez. 2003)	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Peter Pohlmann, Trostberg	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Michael Rosenthal, Unterschleißheim	Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
	Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München

Beirat (LV-VCI)

Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen (bis Sept. 2003)	Franz Miller, Augsburg (bis Jan. 2004)
Dr. Matthias Bühler, Illertissen	Dr. Peter Sckuhr, Burghausen
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Joachim Semel, Trostberg
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Wilhelm Sittenthaler, München (bis Sept. 2003)
Dr. Peter Heinrich, Martinsried	Ulf Stadler, Geretsried
Dipl.-Ing. Manfred Hoffmann, Neuburg	Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Hans-Ullrich Hoppe, Freising-Weißenstephan	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
	Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

Ältestenrat (VBCI)

Dr. Karl Wamsler, Pöcking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München	Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dr. Friedhelm Finke, Icking	Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Waltherberg
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Dr. Walter Ringer, Lenggries
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach	Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Werner Kalb, München	Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß	Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreis / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (LV-VCI) Dr. Willi Kleine, Burghausen

Energiepolitik (LV-VCI) Dr. Peter Sckuhr, Burghausen

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Matthias M. Baltisberger, Penzberg (bis Juli 2004)

Forschung (LV-VCI) Dr. Hans-Ullrich Hoppe, Freising-Weißenstephan (ab März 2004)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim (bis Dez. 2003)
Jochen Crone-Erdmann, Unterschleißheim (ab Mai 2004)

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

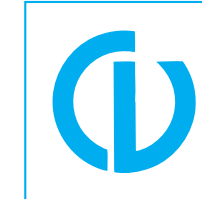
Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):
Assessor Stefan Mößner
Franz Xaver Völkl

Referenten (VBCI):
Assessor Peter Fürnthaler
Assessorin Christiane Hönig-Achhammer
Assessor Holger Kaiser
Robert Schuder

Geschäftsführer (LV-VCI):
Dr. rer. nat. Josef L. Geller



JAHRESBERICHT 2003/2004

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V. Landesverband Bayern

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33
VBCI@Chemie-KVI-Bayern.de, VCI@LV-Bayern.VCI.de
www.die-bayerische-chemie.de